

DpL-Wahlprogramm: Vom Finanzhaushalt bis zur Flüchtlingspolitik

Die Oppositionspartei hat zahlreiche Zielvorstellungen formuliert, in manchen Punkten auch mit konkreten Lösungsansätzen.

David Sele

Als letzte Partei haben die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) am Montag ihr Wahlprogramm für die Landtagswahlen vom 9. Februar vorgestellt. Ähnlich wie bei den anderen Parteien handelt es sich im Wesentlichen um eine Art Leitbild zu verschiedenen Themenschwerpunkten, enthält aber auch ganz konkrete Vorhaben – im Falle der DpL beispielsweise gratis ÖV für Kinder, Jugendliche, Studenten und Rentner.

Ihren Machtanspruch haben die DpL bereits mit ihrer Regierungskandidatur untermauert. Das Wahlprogramm stellt nun die Grundlage für etwaige Koalitionsgespräche nach den Wahlen dar. «Alle zehn Landtagskandidaten der DpL stehen zu 100 Prozent hinter diesem Programm», betonte DpL-Regierungskandidat Erich Hasler vor den versammelten Medienvertretern im Landtagsgebäude.

Ukraine-Flüchtlinge: Schutzstatus S einschränken

Als einzige Partei machen die DpL im Wahlprogramm Ausführungen zur Flüchtlingspolitik. Die DpL wollen die generelle Gewährung des Schutzstatus S für Flüchtlinge aus der Ukraine aufheben. Nach dem Vorbild Norwegens soll Personen aus sicheren Regionen der Ukraine dieser Status nicht mehr automatisch gewährt werden.

Zudem wollen die DpL die Anforderungen für Einbürge-

rungen erhöhen. Konkret soll das Sprachniveau B2 verlangt werden, um die liechtensteinische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Und auch eine «umfassende Überprüfung der Integration» soll Voraussetzung für eine Einbürgerung sein.

Im Bereich der Aussenpolitik decken sich die Zielsetzungen der DpL mit jenen der anderen Parteien. Einzig die Aussage, dass die Aussenpolitik «nicht jeder modischen Strömung folgen» dürfe, sorgte für ein Fragezeichen. Der DpL-Regierungsratskandidat Thomas Rehak konkretisierte, dass damit beispielsweise auf die Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO angespielt werde. Liechtenstein solle als souveränes Land also nicht bei allen internationalen Übereinkommen mitmachen. Auch bei den Russland-Sanktionen sehen die DpL Liechtenstein nicht länger in der Rolle des Musterschülers. Zwar betonte Thomas Rehak, dass die DpL den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilen und Sanktionen grundsätzlich für nötig hielten. Aber nicht jede einzelne Sanktion sei auch sinnvoll.

Digitalisierungsdefensive und Bürokratieabbau

Die Digitalisierung spielt im DpL-Wahlprogramm vor allem mit Blick auf die eID und das elektronische Gesundheitsdossier eine Rolle. Beides müsse freiwillig bleiben und eine Nichtnutzung dürfe nicht zu



Thomas Rehak (l.) und Erich Hasler, die beiden DpL-Regierungsratskandidaten präsentierten das Wahlprogramm der Oppositionspartei: Bild: Daniel Schwendener

Nachteilen führen, so die Forderung. «Digitalisierung ist kein Selbstzweck», sagte Thomas Rehak.

Im Bereich der Gesundheit wollen die DpL Aufklärung und Prävention stärken. Auch Komplementärmedizin soll stärker einbezogen werden. Zudem wird eine Überarbeitung des OKP-Vergabekonzepts gefordert.

Auch einen Abbau der Bürokratie, damit Ärzte mehr Zeit für ihre Patienten aufwenden können, fordern die DpL im Wahlprogramm. Dieser Bürokratieabbau zieht sich denn auch durch die Ausführungen

zu Wirtschaft, Landwirtschaft und Alpwirtschaft.

Wenig greifbare Wünsche für unteren Mittelstand

Den unteren Mittelstand adressieren die DpL mit der wenig greifbaren Zielsetzung «Arbeit soll sich lohnen». Eine Vollzeitstelle müsse ausreichen, um den Lebensunterhalt zu decken und man wolle der zunehmenden Öffnung der Lohnschere entgegenwirken. Als Lösungsansatz konnte Thomas Rehak auf Nachfrage jedoch lediglich die Rolle des Staates als Arbeitgeber einbringen. In der Hoffnung auf einen Nachahmeffekt in der Pri-

vatwirtschaft sollen der Staat und seine Unternehmen in den obersten Lohnklassen nicht zu viel zahlen und in den unteren Lohnklassen eher mehr. Auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge könne der Staat faire Löhne als Kriterium definieren, so Rehak.

Lücken in der Altersvorsorge schliessen

Reformen wollen die DpL im Bereich der Altersvorsorge antostossen: Einzahlungen in die Pensionskasse (2. Säule) sollen steuerlich begünstigt werden, damit die Versicherten einen Anreiz haben, Versorgungslü-

cken zu schliessen. Die private Vorsorge (3. Säule) soll ebenfalls mit einer Steuerentlastung belohnt werden.

Zudem sollen nicht-erwerbstätige Personen, beispielsweise Eltern, die sich der Kinderbetreuung widmen, die Möglichkeit erhalten, sich bei einer Pensionskasse zu versichern. Das in der Pensionskasse angesparte Kapital sollen Versicherte zudem nutzen können, um Wohneigentum zu erwerben.

Bezüglich der AHV (1. Säule) sprachen sich die DpL-Regierungskandidaten anlässlich der Pressekonferenz einmal mehr für umfassende Massnahmen zur langfristigen Sicherung aus, damit verbunden müsse auch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sein.

Sparen ja, aber nur bei der Verwaltung

Ähnlich wie die FBP sorgen sich auch die DpL wegen der prognostizierten Defizite in der Finanzplanung bis 2028. Eingespart werden soll beim Staatspersonal. In den letzten Jahren seien Stellen geschaffen worden, die nicht notwendig seien, sagt Thomas Rehak.

Anders als die FBP schrecken die DpL trotz ihres Sparziels jedoch nicht davor zurück, auch neue Ausgaben zu generieren beziehungsweise Mindereinnahmen etwa durch Steuerentlastungen hinzunehmen. Gespart werden soll also nur bei der Verwaltung, nicht beim Volk.